

Meinung

WAS TUN GEGEN RECHTEN TERROR?

Mit der Hinrichtung des Kasseler Regierungspräsidenten Lübcke und der anschließenden Verhaftung des militanten Neonazis Stephan Ernst als mutmaßlichem Täter flammt derzeit wieder eine Debatte um rechten Terror in Deutschland auf. Etwa 12 Jahre nach dem letzten bekannten Mord des selbsternannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) weist die Ermordung Lübckes dem ersten Eindruck nach zahlreiche Parallelen zu den Morden des NSU auf. Ein Medienbericht legt sogar nahe, dass Ernsts direktes Umfeld in Kassel persönliche Kontakte zu Beate Zschäpe hatte.

Doch unabhängig davon, dass Stephan Ernsts personelle Verbindungen zu Blood & Honour und Combat 18 als erwiesen betrachtet werden können, spricht auch seine Tat – sofern sich der Verdacht gegen ihn erhärtet – eine deutliche Sprache und reiht sich ein in eine Serie von Morden, die zwischen 2000 und 2007 vom NSU verübt wurden. Das erklärte Ziel solcher Morde: Die Verbreitung von Angst unter denjenigen, die zu den potenziellen Opfergruppen dieser Morde gehören. Während sich die Morde des NSU fast ausschließlich gegen migrantische Menschen richteten, ermordete Ernst nun einen Politiker, der sich in den Augen zahlreicher Rechter aller Couleur wegen einer vermeintlich – so sehr das als CDU-Politiker eben möglich ist – progressiven – d.h. etwas weniger rassistischen – Haltung gegenüber Flüchtenden des Verrates „am deutschen Volke“ schuldig gemacht hat. Lübckes Ermordung gewinnt dadurch symbolischen Charakter. Lübcke steht stellvertretend für all diejenigen, die den menschenverachtenden Ideologien Rechter entgegen stehen und seine Ermordung muss von Rechten ebenso wie deren (freiwillige wie unfreiwillige) Widersacher*innen als eine Art Kriegserklärung verstanden werden.

Die Ermordung eines Politikers ist dabei keine neue Idee. Ermittler*innen fanden in der gemeinsamen Wohnung der NSU-Terrorist*innen Zschäpe, Mundlos und Bönnhardt eine Liste mit zehntausend Adressen, darunter neben Unterkünften für Geflüchtete, Läden, die von (vermeintlich) migrantischen Menschen geführt werden, Moscheen, Synagogen, (vermeintlichen) Treffpunkten von Homosexuellen auch einige Adressen von Politiker*innen. Dass diese Liste möglicherweise in Kreisen militanter Neonazis kursierte ist nicht auszuschließen, es ist sogar ziemlich wahrscheinlich, dass zahlreiche extrem Rechte bei deren Erstellung mitgewirkt haben.

Was ist Ziel eines solchen rechten Terrors, der sich mit einzelnen Morden gegen – aus Sicht der Täter*innen – unerwünschte Personen richtet? Ganz offensichtlich verfolgen diese Morde nicht (nur) einen unmittelbaren Zweck. Vielmehr geht es darum, andere Menschen zu verängstigen. Die unausgesprochene aber bestens verständliche Drohung solcher Taten lautet: Als PoC kannst du dir in Deutschland deines Lebens nicht mehr sicher sein. Es kann jederzeit passieren, dass ein*e Rassist*in dich

einfach so erschießt. Die Ermordung Lübckes hält zusätzlich auch eine ähnliche Drohung gegenüber jenen, die sich (vermeintlich) antirassistisch und antifaschistisch engagieren bereit.

Mit anderen Worten: All diejenigen, die nicht innerhalb der weißen deutschen Mehrheitsgesellschaft verortet werden, sollen verängstigt werden. Das sind im Übrigen nicht irgendwelche Spekulationen, sondern die Wiedergabe konkreter Strategiediskussionen aus dem Blood & Honour Netzwerk, die in einschlägigen Publikationen nachzulesen sind. In der Folge würde das zu einem weiteren gesellschaftlichen Ausschluss und einer weiteren Isolation führen, was dann natürlich weitere Diskriminierungen bedingen würde und diese Menschen (noch mehr) zu Vogelfreien werden ließe.

Aber soweit muss es nicht kommen. Soweit darf es nicht kommen! Die Rechnung der rechten Terrorist*innen geht nur dann auf, wenn wir uns in die von ihnen für uns vorgesehene Opferrolle fügen, dann wenn wir zulassen, dass uns die Angst, selbst Opfer rechten Terrors zu werden lähmt und zerfrisst. Natürlich ist es nachvollziehbar, dass die von Rechtsterrorist*innen begangenen Morde und Hinrichtungen, Bombenanschläge und alle anderen Formen gewaltsamer Übergriffe aus rassistischen, homophobischen und anderen menschenverachtenden Motiven zu einem diffusen bis hin zu einem erstickenden Angstgefühl bei Angehörigen der typischen Betroffenengruppen und darüber hinaus führen. Die Brutalität und menschenverachtende Art und Weise mit der diese Morde begangen werden, ebenso wie die Art und Weise wie diese im Anschluss von Rechten aufgenommen und rezipiert werden, tragen dazu natürlich ihren Teil bei.

Doch zugleich ist es an uns, die wir uns menschenverachtenden Ideologien entgegen stellen, dieses erdrückende Gefühl der Angst zu durchbrechen! Gemeinsam sind wir in der Lage dazu, uns gegen die Bedrohung militanter Neonazis zur Wehr zu setzen.

Dabei wäre es absurd, auf einen (autoritären) Staat zu vertrauen, der eine*n schützen soll. Wenn während des NSU-Prozesses in München eines klar geworden ist, dann dass die Morde des NSU unter staatlicher Aufsicht verübt wurden. Finanziert vom Verfassungsschutz und höchstwahrscheinlich auch mit dem Wissen der Behörden. Das ist bei näherer Betrachtung keine besondere Überraschung. Das wichtigste Interesse des Staates ist, sich selbst aufrecht zu erhalten. Dieses Ziel wurde durch die Morde des NSU nicht gefährdet. Sie richteten sich gegen eine ohnehin marginalisierte Minderheit, die zu schützen nicht primäres Anliegen des Staates ist. Hinzu kommt die ebenfalls wenig überraschende Tatsache, dass der Verfassungsschutz bis in die Führungspositionen mit Rechten durchsetzt ist – wer will auch sonst für eine solche Institution arbeiten?

Auch die im Zuge der NSU-Morde ermittelnde Polizeibehörden stellten sich – wen wundert das eigentlich noch – als rassistisch heraus. Sie vermuteten hinter den Morden nicht etwa einen rassistischen Hintergrund, sondern kamen gar zu Schlussfolgerungen wie „Vor dem Hintergrund, dass die Tötung von Menschen in unserem Kulturraum mit einem hohen Tabu belegt ist, ist abzuleiten, dass der Täter hinsichtlich seines Verhaltensystems weit außerhalb des hiesigen Normen- und Wertesystems verortet ist“. Eine mehr als gewagte These, wenn mensch bedenkt, dass der „Kulturraum“, von dem das LKA Baden-Württemberg da spricht, eben jener ist, in dem die „Tötung von Menschen“ gut 60 Jahre vor dem Zeitpunkt dieser „Einschätzung“ durch die industrielle Ermordung von 6,3 Millionen Jüd*innen und Millionen anderer Menschen, darunter Sinti*ze und Romnji*a, Homosexuelle, als „asozial“ bezeichnete Menschen, Menschen mit (vermeintlichen) Behinderungen, politische Gegner*innen, und viele weitere) bislang ungekannte Ausmaße annahm. Dass das LKA übersah, dass die Täter*innen der NSU-Morde eben genau innerhalb des hiesigen rassistischen „Normen- und Wertesystems“ verortet waren und

Fortsetzung auf S. 2

VERFAHREN GEGEN ANARCHISTISCHEN PRO CHOICE AKTIVISTEN EINGESTELLT

Das Amtsgericht München hat das Verfahren wegen Überquerens einer Ampel bei Rotlicht (siehe Aufruf zum Prozessbesuch in Zündlumpen Nr. 018) eingestellt.

Die für den 24. Juni angesetzte Verhandlung entfällt damit.

TERMINE UND VERANSTALTUNGEN VOM 22.06. BIS 30.06.

Sa., 22.06. Demonstration: Rechten Terror bekämpfen

14 Uhr // Stiglmaierplatz

Sa., 22.06. Diskussion: Die Fridays-for-Future Demonstrationen und die neue Publikation „TORMENTA“

19 Uhr // Frevel // Zenettistraße 27

Mi., 26.06. Das V. Lenzer Verlagskollektiv stellt sich vor

Ein anarchistisches Verlagskollektiv aus München stellt sich und sein erstes Programm vor // 20 Uhr // Ligsalzstraße 8

Do., 27.06. Offener Mittagstopp der Soliküche München

13 bis 14 Uhr // Ligsalzstraße 8

Fr., 28.06. Offenes anarchistisches Treffen (kAoS)

KüfA ab ca. 18 Uhr // Plenum: 20 Uhr // Ligsalzstraße 8

Öffnungszeiten der anarchistischen Bibliothek Frevel

Di. 17 - 21 Uhr
Sa. 15 - 19 Uhr
Zenettistraße 27 (Hinterhof)

GRAFFITO DER WOCHE



ALS GRUPPE AUFTRETEN?

Wer unzufrieden mit dem Status Quo dieser Welt ist und etwas daran ändern möchte, wird sich meist nach einer politischen Gruppe umsehen, die einer*inem irgendwie gefällt und dieser beitreten. Diese Gruppe wird einen Namen tragen, meist ein Selbstverständnis haben, und wird dauernd besorgt um die Anzahl ihrer Mitglieder sein. Auch in linksradikalen Kreisen sind die meisten in politischen Gruppen organisiert, in die es mehr oder weniger schwer ist reinzukommen, die Veranstaltungen organisieren, Flyer-Texte schreiben, auf denen ihr Gruppenname prangt und Demos organisieren, sich in Bündnisse setzen, mehr oder weniger (anti-)autoritäre Wege der Entscheidungsfindung haben usw. Im Grunde haben alle diese Gruppen gemeinsam, mehr oder weniger den gleichen Weg wie jede Partei zu gehen, außer natürlich, dass es normalerweise nicht das Ziel linksradikaler Gruppen ist, irgendwann im Parlament zu sitzen. Was jedoch gleich ist, ist der Anspruch politisch zu handeln. Mit politischem Handeln meine ich hier alle die Schritte, die nicht eine Intervention im Sinne der Überzeugungen der einzelnen Individuen aus der Gruppe darstellen, sondern alles, was damit zu tun hat, eine Gruppenidentität zu schaffen und diese dann aufrechtzuerhalten, sowie alles Handeln, das danach strebt Mehrheiten zu bilden, eine Größe zu suggerieren und Vereinheitlichung zu erlangen, alle Handlungen, in denen es ausschließlich darum geht die Gruppe bekannt zu machen und wachsen zu lassen anstatt die Ideen, die mensch zum Handeln bewegt. Das Schaffen eines Gebildes, das unabhängig von seinen Mitgliedern lebendig wird, dass es deshalb aufrechtzuerhalten gilt, das ist politisches Handeln.

Jedes Selbstverständnis ist zum Beispiel Teil einer Gleichmacherei seiner Mitglieder. Jedes Bündnis, das darauf aus ist, eine möglichst große Masse zusammenzubringen, bei dem dann alle möglichen Kompromisse geschlossen werden, bei dem alle Gruppen einen Aufruf unterzeichnen, hängt der Ideologie einer Mehrheitsdiktatur an, deren Meinung nur etwas zählt, weil besonders viele dahinterstehen. Jede Person, die als Mitglied irgendwo für die ganze Gruppe spricht, als sei diese Gruppe ein eigenes Wesen, das diesen Menschen als Sprecher*in auserkoren hat, verschwindet als Individuum, um dem Gruppenungetüm Platz zu verschaff-

en. Je größer dabei eine Gruppe wird, desto größer werden Bürokratie, Formalismus und Entfremdung, desto mehr verschwindet das Individuum und seine Überzeugungen, Wünsche und Träume hinter einem Gebilde aus Gleichmacherei und Repräsentation. Jeder politischen Gruppe sind diese Elemente inhärent, denn bereits der Akt eine Gruppe mit eigenem Namen zu bilden, in deren Namen mensch zukünftig handeln möchte, ist bereits ein Akt der Entfremdung und bildet bereits die Grundlage für repräsentatives Handeln und die Unterordnung von Individuen unter eine Idee. Eine Gruppe zu bilden, unter deren Namen mensch zukünftig auftritt, ist bereits repräsentatives Handeln und hat damit den Zwang zu Vereinheitlichung und das Handeln über die Köpfe von anderen Menschen hinweg, also Elemente von Herrschaft, bereits in sich.

Es ist äußerst wichtig, dass jedes Individuum als Individuum handeln kann und Individuum bleibt. Sich einer Gruppe unterzuordnen zum Zwecke des politischen Handelns bedeutet bereits Herrschaftsstrukturen zu akzeptieren. Trotzdem macht es ja durchaus Sinn Gleichgesinnte zu finden, mit denen mensch sich verbünden kann, um in die aktuelle Gesellschaft, die einfach scheiße ist, zu intervenieren, sich zu wehren, für was Cooleres zu kämpfen. Denn zum einen macht es mit anderen zusammen mehr Spaß, mensch hat Gelegenheit sich auszutauschen, sich gegenseitig zu inspirieren, sich zu kritisieren und kritisch zu hinterfragen, zum anderen kann mensch sich auch gegenseitig unterstützen und stützen, sich gegenseitig stärken. Wie findet mensch sich also zusammen ohne Gefahr zu laufen, seine Individualität für eine Idee oder politische Gruppe aufzugeben? Ein Weg dies zu tun, wäre anstatt Gruppen Orte zu schaffen, an denen Menschen, die sich für Anarchismus interessieren, zusammenfinden können, durchaus auch mit speziellen Terminen, an denen Unterschiedliches besprochen wird, jedoch ohne dass mensch anerkanntes Mitglied sein muss. Orte des Kennenlernens, wo Menschen auch aufgrund von Affinität zusammenfinden und nicht, weil sie jetzt beide Mitglied derselben Gruppe sind und deshalb miteinander auskommen müssen. Das können Räume wie anarchistische Bibliotheken sein, oder Konferenzen und Camps, Veranstaltungen zu anarchistischen Themen, Diskussionsveranstaltungen,

Cafés und sonstige offene Treffen. Dort haben Menschen Gelegenheit sich für Projekte und Ideen für Interventionen zusammenzufinden, ohne sich jedoch einem Gruppennamen unterzuordnen noch den Zwang zu haben, in dieser Konstellation fix zu bleiben. Zeitungen oder Internetplattformen können ebenfalls ein Medium sein sich auszutauschen. Dabei ist bei beiden Medien wichtig, dass nicht ein einheitlicher Kurs gefahren wird, in dem alle „Mitglieder“ einen Text abnicken müssen, der dann repräsentativ für die Meinung von allen sein soll, sondern eher ein Stimmengewirr von ganz vielen Menschen, die miteinander streiten und sich miteinander auseinandersetzen. In all diesen Formen liegt natürlich so weit eine Vereinheitlichung vor, dass es Möglichkeiten des Austausches über anarchistische Themen sein sollen und nicht etwa demokratische oder kommunistische oder aus sonstigen politischen Richtungen, doch das halte ich für ok. In einem Forum über Lieblingsbücher wäre es schließlich auch unangebracht über Autos zu reden. Was politische Gruppen zu Bündnistreffen machen, bei dem am Schluss ein Outcome rauskommen muss, mit dem alle beteiligten Gruppen leben können, kann in anarchistischer Variante einfach ein Moment des Austausches, der Inspiration, der Diskussion und des Bildens von Kompliz*innenschaften werden, aber ganz ohne Vereinheitlichungszwang, ohne dass mensch mehr braucht als nur einen Namen für das Treffen.

Wie weit sind Namensgebungen für so etwas ok? Grundsätzlich macht es ja schon Sinn, wenn Orte, Treffen, Zeitungen oder auch Verlage einen Namen haben, denn so sind sie greifbar und wiedererkennbar. Mensch muss allerdings darauf achten, dass der Name nicht zur Marke oder zur Identität wird, sondern nur so weit eine Bedeutung hat, wie es zur Identifizierung einer Sache notwendig ist. So wie auch ein Eigenname keine schlechte Sache ist, aber sobald dieser Eigenname Teil eines Personenkultes wird, wie bei Che Guevara oder Ghandi oder Martin Luther King oder Öcalan, ist irgendetwas ganz massiv schief gelaufen, denn dann wird diesem Namen eine Autorität zugestanden, wird dieser Name zur Projektionsfläche und es entsteht ein Anhänger*innenkult, der natürlich per se nicht anarchistisch sein kann.

Betrachten wir uns als Individuen und weder als Teil einer Masse noch als „Messias“, als Anführer*innen oder sonstige glorifizierte Lichtfiguren. Nur wenn wir weder bestimmten Personen noch einer Masse noch einer Gruppe Bedeutung zumessen, überwinden wir hierarchische Strukturen, Herrschaftsgedanken und Ideen von „Volkskörpern“, „Einheitsfronten“, „Einheitsparteien“ und sonstige totalitäre Tendenzen.

genau das auch der Grund für diese Morde war, ist Ausdruck dessen, wessen Interessen die Polizei in Deutschland - und anderswo - vertritt. Entgegen ihrem eigenen Selbstverständnis „Die Polizei, dein Freund und Helfer“ - geprägt wurde dieses Motto übrigens unter anderem durch keinen geringeren als Heinrich Himmler: „Die Polizei im nationalsozialistischen Deutschland hat es sich zum Ziel gesetzt, vom deutschen Volk als sein bester Freund und Helfer [...] angesehen zu werden“ - ist es eben vorrangige Aufgabe der Polizei, den Erhalt des Staates zu garantieren. Sie vertritt dabei die Interessen der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft und setzt diese entgegen der Interessen marginalisierter Minderheiten durch.

Statt im Kampf gegen rechten Terror also auf die Institutionen eines Staates zu vertrauen, die ihrem Wesen nach keinerlei Interesse daran haben, diesem ein Ende zu bereiten, sind wir besser beraten uns gegen diesen Terror selbst zur Wehr zu setzen.

Dabei können wir nicht abwarten, bis militante Neonazis mordend durch die Lande ziehen. Wir haben lange genug zugehört, immerhin kennen wir ihre Schriften, wir wissen - größtenteils - um ihre Strukturen, Netzwerke und Organisationen. Wir kennen die Wohnorte unzähliger extrem Rechter, ihre Büros, ihre Autokennzeichen.

Worauf warten wir also noch?

Antifa heißt Angriff!

ANQUATSCHVERSUCH VOM VERFASSUNGSSCHUTZ

Wieder einmal hat es in München einen Anquatschversuch durch den Verfassungsschutz gegeben, der von der betroffenen Person zurückgewiesen wurde. Ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes hatte zuvor an der Wohnungstür der betroffenen Person geklingelt und die Person direkt und unter Bezugnahme auf einige Details aus ihrem Leben darauf angesprochen, ob sie nicht für den Verfassungsschutz schnüffeln wolle. Darauf gibt es freilich nur eine Antwort und so trollte sich der abgewiesene Verfassungsschützer bald wieder. Er wurde wie folgt beschrieben:

- Alter: ca. Mitte 30
- ca. 1,75 m groß
- kürzere, leicht gelockte braune Haare
- Kleidung: quadratische Brille, Jeans und eine braun-beige Jacke

NACHRICHTEN AUS ALLER WELT

[Göttingen] Reifen vor Ausländerbehörde abgefackelt

Nach einer Abschiebung brennt es vor der Ausländerbehörde in Göttingen und die Fassade trieft vor Farbe.

[Dresden] (Schein)besetzung wird geräumt

Vom 14. auf den 15. Juni wurde in Dresden eine leerstehende Villa scheinbesetzt und zwei Tage später, am 16. Juni von den Bullen wieder geräumt. Die Besetzer*innen kündigten an, dass dies nicht die letzte Besetzung bleiben wird.

[Köln] Vier Porsche SUV abgefackelt

Bei einem Autohändler in Köln brannten in der Nacht auf den 17. Juni insgesamt vier Porsche SUV ab.

Die Angreifer*innen betonen in einem Bekenner*innenschreiben, dass es ihnen mit ihrer Aktion um Klimaschutz geht und rufen dazu auf, ebenfalls SUV in Brand zu stecken.

[Frankfurt] Spie Auto tiefergelegt und entglast

In der Nacht auf den 16. Juni haben einige Personen ein Auto der Knastfirma Spie entglast, die Reifen geplättet und den Lack zerkratzt.

Sie senden mit ihrer Aktion Grüße an Loic, die von Repression betroffenen Freund*innen in Brüssel, Basel, die Anarchist*innen im Hungerstreik in l'Aquila und Lisa, die jetzt in Spanien in Haft ist.

Schickt eure eigenen Beiträge, Leser*innenbriefe, Termine und Entdeckungen an zuendklumpen@riseup.net